

# Gegenöffentlichkeit revisited: Rechtspopulistische Medienkritik und der Ruf nach objektiver Berichterstattung

## Abstract

In diesem Beitrag werden Forderungen nach Gegenöffentlichkeit aus verschiedenen Jahrzehnten verglichen. Während Gegenöffentlichkeit in den 1970er Jahren aus politisch linken Positionen heraus gefordert wurde, ist es heute in erster Linie die politische Rechte, die sich in den Massenmedien unzureichend vertreten sieht. Neben formalen Übereinstimmungen in der argumentativen Begründung der Notwendigkeit von Gegenöffentlichkeit zeigen sich erhebliche inhaltliche Unterschiede: Wurden die früheren Forderungen theoriebasiert untermauert, werden die aktuellen Forderungen nach Gegenöffentlichkeit mit einer moralisierenden Kritik an den sogenannten Mainstream-Medien begründet, die z.T. verschwörungstheoretischen Charakter hat.

## 1. (Medien-)Öffentlichkeit

Der Ausdruck *Öffentlichkeit* bezeichnet nicht in erster Linie ein Faktum. *Öffentlichkeit* ist vielmehr ein Hochwertwort, dessen Bedeutung sich nicht nur gewandelt hat<sup>1</sup>, sondern darüber hinaus durchaus umstritten ist<sup>2</sup>. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass Öffentlichkeit in enger Verbindung zur Demokratie, sogar als Voraussetzung für demokratische Willensbildung gesehen wird und somit zu einem normativen Konzept geworden ist (vgl. Wimmer 2007, 64–69):

Öffentlichkeit ist also nicht nur ein empirisches Phänomen, sondern auch eine Zielvorstellung, ein idealtypisches Merkmal politischer Kommunikation. [...] In der Idealvorstellung vom Prozess demokratischer Meinungs- und Willensbildung verleiht Öffentlichkeit den politischen Entscheidungen demokratische Legitimation. Der

---

1 Zur Begriffsgeschichte von *Öffentlichkeit* vgl. die ausführliche Darstellung von Schiewe (2004).

2 Die Literatur zu Öffentlichkeitskonzepten und ihrer Geschichte füllt Regale. Sie aufzuzählen, wäre ein vergebliches Unterfangen; als Klassiker gelten nach wie vor Habermas (1962/1990) und Negt/Kluge (1972). Ein sehr guter Überblick über verschiedene Öffentlichkeitskonzepte findet sich bei Pappert/Roth (i. Dr.).

Prozess soll möglichst alle Bürger eines Gemeinwesens einbeziehen oder doch wenigstens die Interessen aller angemessen zur Geltung bringen. (Schulz 2011, 114–115)

Aus dieser Konzeption von Öffentlichkeit, die ja in der zitierten Textpassage treffend als Idealvorstellung charakterisiert wird, resultiert gleichzeitig ihre Brisanz. Wie sich nämlich diese Idealvorstellung von Öffentlichkeit umsetzen lässt, ist durchaus umstritten. Weiterhin herrscht selten Einigkeit darüber, inwieweit die jeweils herrschende Öffentlichkeit dieser Idealvorstellung nahe kommt oder ihr gar entspricht und inwieweit es notwendig sei, ihr eine andere Art der Öffentlichkeit entgegenzusetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig erstaunlich, dass Forderungen nach Gegenöffentlichkeit keineswegs neu sind – die Praxis, Gegenöffentlichkeit(en) zu schaffen, erst recht nicht. Mit gutem Grund lassen sich bereits mittelalterliche Flugschriften oder Luthers Thesen als eine Form der praktizierten Gegenöffentlichkeit verstehen.

Die Schaffung zahlreicher ‚alternativer‘ Radiosender sowie Zeitschriften- und Zeitungsangebote, die Entstehung bzw. politisch gewollte Etablierung des Privatfernsehens in Deutschland in den 1980er Jahren und nicht zuletzt die Verbreitung des Internets (insbesondere des sogenannten Web 2.0) – alles dies ließe sich – eine entsprechende Kontextualisierung vorausgesetzt – unter dem Terminus *Gegenöffentlichkeit* subsumieren. Von den PropagandistInnen und AkteurInnen der jeweiligen Gegenöffentlichkeit wird diese immer positiv kontextualisiert. Gegenöffentlichkeit erscheint so als Garant für Partizipation<sup>3</sup>, mithin als notwendiges demokratisches Korrektiv, das einer – wie auch immer – etablierten Öffentlichkeit entgegengestellt wird. Diese etablierte Öffentlichkeit wird als defizitär dargestellt, weil ihr ein wesentliches Merkmal von wahrhafter Öffentlichkeit abhandengekommen sei – der freie Zugang, der für die gleichberechtigte Interessenvertretung aller Bevölkerungsgruppen konstitutiv ist:

Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit. (Habermas 1990, 156)

Insbesondere das Internet wurde in diesem Zusammenhang immer wieder als partizipationsförderndes Gegenmedium zu den etablierten Massenmedien

3 Zur linguistischen Erforschung von Partizipation vgl. den Sammelband von Bock/Dreesen (2018), zur Begriffsgeschichte des Hochwertwortes *Partizipation* Niehr (2018).

gepriesen, da es in nahezu idealtypischer Weise den freien bzw. allgemeinen Zugang gewähre:

Man hofft, dass im Internet als einem frei zugänglichen Medium mit geringen Zugangsbarrieren andere, vor allem ressourcenschwache Akteure etwa aus der Zivilgesellschaft einen Zugang zur Öffentlichkeit erhalten, der ihnen bei den „alten“ Medien verwehrt bleibt. Man hofft weiterhin, dass im Internet alternative, eher nicht hegemoniale Deutungen von Themen vermittelt werden und dass die Verbreitung und der Zugang zu Informationen dezentralisiert wird [...]. Es geht um die Demokratisierung der gesellschaftlichen Öffentlichkeit sowie die Stärkung politischen Interesses und gesellschaftlicher Beteiligung [...]. (Gerhards/Schäfer 2007, 211–212)

Ein so verstandenes Internet wäre also eine Gegenöffentlichkeit par excellence. Dabei ist entscheidend, dass der Terminus *Gegenöffentlichkeit* relational angelegt ist: Gegenöffentlichkeit richtet sich stets gegen eine andere Art der Öffentlichkeit, die meist als hegemoniale oder zumindest etablierte konstruiert wird. Dieses Moment der Entgegensetzung findet sich in allen Forderungen nach Gegenöffentlichkeit und wird teilweise auch terminologisch erfasst, etwa bei Negt/Kluge (1972, 141) im Gegensatz von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit oder bei Enzensberger (1970, 111–112) in der Gegenüberstellung von repressivem und emanzipatorischem Mediengebrauch. In neueren Diskussionen findet sich hingegen die Entgegensetzung von etablierten massenmedialen Formaten wie Zeitung, Radio, Fernsehen und dem Internet.<sup>4</sup>

Bereits Enzensberger macht allerdings in seinen Überlegungen deutlich, dass Wehklagen über Manipulation durch die Massenmedien wenig zielführend seien. *Manipulation* drohe „zu einem bloßen Schlagwort herunterzukommen, das mehr verbirgt als es aufklären kann [...]“ (Enzensberger 1970, 97). Denn ein nicht-manipulativer Mediengebrauch sei schlicht undenkbar:

Die elementarsten Verfahren medialen Produzierens von der Wahl des Mediums selbst über Aufnahme, Schnitt, Synchronisation, Mischung bis hin zur Distribution sind allesamt Eingriffe in das vorhandene Material. Ein unmanipuliertes Schreiben, Filmen und Senden gibt es nicht. Die Frage ist daher nicht, ob die Medien manipuliert werden oder nicht, sondern wer sie manipuliert. (Enzensberger 1970, 101)

---

4 Dass diese Formate im Internet immer mehr verschmelzen und die Trennung immer weniger aufrecht zu erhalten ist, soll an dieser Stelle nicht weiter kommentiert werden.

Während Enzensberger also schon deutlich den Inszenierungscharakter aller, auch politisch relevanter Medienangebote hervorhebt, scheinen seine Überlegungen im Anschluss an Brechts Radiotheorie aus heutiger Sicht einerseits hellsichtig, andererseits als zu optimistisch. So sieht Enzensberger bereits, dass allein mit dem Zugang zu Medien wenig gewonnen ist:

Das Programm, das der isolierte Amateur herstellt, ist immer nur die schlechte und überholte Kopie dessen, was er ohnehin empfängt. [...] Wer sich Emanzipation von einem wie auch immer strukturierten technologischen Gerät oder Gerätesystem verspricht, verfällt einem obskuren Fortschrittsglauben; wer sich einbildet, Medienfreiheit werde sich von selbst einstellen, wenn nur jeder einzelne fleißig sende und empfangt, geht einem Liberalismus auf den Leim, der unter zeitgenössischer Schminke mit der verwelkten Vorstellung von einer prästabilierten Harmonie der gesellschaftlichen Interessen hausieren geht. (Enzensberger 1970, 105–106)

Enthusiastische Einschätzungen über die Möglichkeiten des Web 2.0, des sogenannten Mitmach-Webs, haben also schon vor 50 Jahren vorweg einen Dämpfer erhalten.<sup>5</sup> Andererseits muten Enzensbergers Überlegungen zu ‚aggressiven Formen einer Öffentlichkeit‘, die mittels Tonbandgeräten, Bild- und Schmalfilmkameras an den Arbeitsplätzen hergestellt werden soll (vgl. Enzensberger 1970, 107), aus heutiger Sicht und im Lichte des allgegenwärtigen Smartphone-Gebrauchs und der ständigen Gefährdung der Privatsphäre durch das exzessive Sammeln, Verknüpfen und Weitergeben von Daten heutzutage blauäugig an, vielleicht sogar gefährlich, weil sie das denunziatorische Potenzial einer solchen Form von Öffentlichkeit unterschätzen bzw. gar nicht in den Blick nehmen (konnten).

Auch aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht wurde schon früh zu bedenken gegeben, dass die erleichterten Sendemöglichkeiten – um es nachrichtentechnisch zu formulieren –, die das sogenannte Internet 2.0, das Mitmach-Internet bietet, dass also die Zugänglichkeit zu den öffentlichen Medien bzw. zur Öffentlichkeit nicht nur vorteilhaft für die Allgemeinheit seien:

5 Angesichts der Tatsache, dass nach Schätzungen nur zwischen 4 % und 35 % aller existierenden Websites durch Suchmaschinen auffindbar sind, mithin also mindestens 65 % aller Websites im sogenannten Deep Web für die meisten Internetnutzer unauffindbar sind, scheint es auch heutzutage mehr als zweifelhaft, die Möglichkeit, etwas ins Netz zu stellen, bereits als reale Chance anzusehen, Gegenöffentlichkeit herzustellen; zu den angeführten Schätzungen vgl. Hostettler (2017, 17–18); zu sogenannten Online-Öffentlichkeiten Pappert/Roth (i. Dr.).

Das Internet lässt nicht nur basisdemokratische Hoffnungen wachsen. Ausgehend von der Feststellung, dass mit der Netzkommunikation die Kontrollmöglichkeiten abnehmen, werden auch ganz andere Szenarien entworfen, nämlich die einer – auch von der Wahrheitspflicht – nicht mehr einzugrenzenden Kommunikation. In dieser Perspektive wird Gegenöffentlichkeit zur Bedrohung, führen die Möglichkeiten der Informationsverbreitung nicht zur Herrschaftsfreiheit und zur Vernunft, sondern zum genauen Gegenteil, zur Irrationalität, zum Ende der Verantwortlichkeit, ja zur Aufhebung der Unterscheidung zwischen Wahr und Falsch. Wenn das neue Medium nichtautorisierte und sachlich falsche Meldungen ohne Folgen weltweit verbreiten sollte, wäre nicht Aufklärung, sondern Hysterie die Folge. (Plake/Jansen/Schuhmacher 2001, 10)

Diese Warnung sprechen Plake/Jansen/Schuhmacher bereits im Jahr 2001 aus.<sup>6</sup> Wenn das von ihnen skizzierte Szenario heutzutage vertraut vorkommt, dann dürfte dies daran liegen, dass die seinerzeit prognostizierte Entwicklung in den Augen vieler inzwischen Realität geworden ist: Zwar stellt das Internet eine unüberschaubare Menge an Informationen bereit, die prinzipiell für jeden mit Zugang zum Netz zur Verfügung stehen. Doch bedeutet diese Informationzunahme nicht gleichzeitig eine Zunahme der Informiertheit, da es häufig an Orientierungsmöglichkeiten sowie an der notwendigen Medienkompetenz fehlt, die bereitgestellten Informationen im Hinblick auf ihre Plausibilität und Glaubwürdigkeit zu bewerten:

Möchte man also von den enormen potenziellen Vorteilen der „Informationsflut“ des Webs profitieren, so ist man heutzutage als Rezipient zwingend darauf angewiesen, in einem individuellen Evaluierungsprozess jedes Mal zu einer möglichst adäquaten Einschätzung der Qualität der gefundenen Informationen zu gelangen. Gelingt dies nicht oder trifft die Einschätzung nicht zu, führt das im besten Fall zu unnötigem Aufwand, im schlechtesten Fall allerdings kann es schwerwiegende Folgen nach sich ziehen, wenn nämlich invalide Informationen zur Grundlage für weitreichende Handlungsentscheidungen gemacht werden. (Wassermann i. Dr.)

Die von Wassermann beschriebene Problematik verschärft sich noch, wenn man die gesamtgesellschaftlichen politischen Auswirkungen betrachtet, die

---

<sup>6</sup> Vgl. auch die kommentierte Literaturlauswertung bei Plake/Jansen/Schuhmacher (2001, 64–71).

etwa durch Fake News (vgl. Antos 2017) im Internet und in den Sozialen Medien generiert werden.

Resümierend lässt sich also feststellen, dass aus der normativen Konzeption von Öffentlichkeit ihre Umstrittenheit und mittelbar daraus auch der Ruf nach Gegenöffentlichkeit resultiert. Diesen Ruf gibt es auch heute wieder – er ist allerdings vorwiegend aus der politisch rechten Ecke zu hören. Doch das Begründungsschema scheint das gleiche zu sein wie schon in den 1960er und 1970er Jahren: Eine vermachtete Medienelite lässt aus ideologisch-politischen Gründen potenziell für sie bzw. für die politische Elite bedrohliche alternative Sichten auf die gesellschaftliche Realität durch alternative Medienangebote nicht zu.

Wenn dem so wäre, ließe sich also feststellen: Die Überlegungen von Habermas, Enzensberger und Negt/Kluge sowie die Anstrengungen zahlreicher Praktiker vor Ort haben Wirkung gezeigt, deshalb steht uns heutzutage ein breites Medienangebot zur Verfügung, das auch ehemals marginalisierten Gruppen Zugang zur Öffentlichkeit verschafft. Medienangebote wie etwa die taz oder überhaupt die „links-grün-versifft“ Presse (Pirinçci 2014) sind dafür ein nachhaltiges Beispiel. Aufgrund dieser Erfolgsgeschichte links-alternativer Medien kann es nicht Wunder nehmen, dass nun auch die Rechte den Ruf nach Gegenöffentlichkeit laut werden lässt. Die damalige revolutionäre Gegenöffentlichkeit – so könnte man es sarkastisch umschreiben – ist inzwischen satt und etabliert. Und wie alle Revolutionäre irgendwann dazu neigen, den status quo, das Erreichte aus Machterhaltungsgründen zu verteidigen – mithin konservativ zu agieren –, so sind auch die heutigen sogenannten Mainstream-Medien – zu der aus dieser Sicht insbesondere auch Organe wie die taz gehören – verbissen bemüht, das Erreichte zu erhalten und Veränderungen abzuwehren. Deshalb schlägt das Pendel nun wieder in die (politisch) entgegengesetzte Richtung aus (vgl. Plake/Jansen/Schumacher 2001, 24–25).

So etwa könnte eine kurzgefasste Darstellung aus rechter Perspektive skizziert werden. Allerdings – das verschweigt diese Darstellung geflissentlich – weist der heute zu hörende Ruf nach Gegenöffentlichkeit von rechts einige Besonderheiten auf. Um diese soll es im Folgenden gehen, sie sollen anhand von Beispielen vorgestellt werden.

## **2. Rechte Gegenöffentlichkeit**

Es sind vor allem drei Punkte, die die heutige Medienkritik bzw. Rufe nach Gegenöffentlichkeit von rechts auszeichnen:

- a) die Behauptung, dass bestimmte Themen gesellschaftlich dermaßen tabuisiert seien, dass es faktisch nicht möglich sei, sie in der Öffentlichkeit frei zu diskutieren,
- b) die Forderung nach Objektivität der Berichterstattung. Im Zitat von Enzensberger kommt deutlich zum Ausdruck, dass es eine nicht-manipulative Berichterstattung nicht gibt und auch nicht geben kann. Dies konvergiert mit einer konstruktivistischen Sichtweise auf Sprache bzw. auf die Darstellung der Welt mittels Sprache. Eben diese Sichtweise wird im Ruf nach objektiver Darstellung nicht in Betracht gezogen, indem scheinbar naiv davon ausgegangen wird, dass es ins Belieben von Journalisten gestellt sei, objektiv oder eben perspektivisch, mithin nicht-objektiv zu berichten.<sup>7</sup>
- c) Die skizzierten medienpolitischen Forderungen werden häufig sozusagen von einem Hintergrundrauschen begleitet, das den Ruf nach Gegenöffentlichkeit von rechts verschwörungstheoretisch verbrämt. Es werden also nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihrer Konzentration von Kapital und Macht bzw. die wirtschaftliche Logik der Massenmedien für den defizitären Zustand der Öffentlichkeit bzw. Medienlandschaft verantwortlich gemacht. Und es geht auch nicht in erster Linie darum, dass der Zugang zu den Medien im Sinne der Machterhaltung bestimmter Gruppen reglementiert ist. Rechtspopulistische<sup>8</sup> Medienkritik geht häufig sehr viel konkreter vor und benennt Verschwörer, die die Medien angeblich unter ihre Kontrolle gebracht haben – natürlich zum Nachteil anderer. Darauf soll im Folgenden nicht näher eingegangen werden.<sup>9</sup> Hin und wieder werden verschwörungstheoretische Anklänge jedoch nicht verborgen bleiben.

---

7 Dass diese Sicht weder mit zeitgemäßen Vorstellungen der Leistung von Sprache noch mit journalistischem Selbstverständnis vereinbar ist, sei hier nur am Rande erwähnt; vgl. Weischenberg (1995, 157–179). Auch das Bundesverfassungsgericht geht in seiner Auslegung des Rundfunkstaatsvertrages keineswegs davon aus, dass sich die Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien in einer wie auch immer gearteten objektiven Berichterstattung erschöpfe; vgl. dazu ausführlich Niehr (i. Dr.).

8 Als populistisch kann eine derartige Medienkritik bezeichnet werden, weil sie ein wesentliches Merkmal des Populismus bedient, nämlich die Konstruktion einer feindlichen (Medien-)Elite, gegen die es im Namen des Volkes zu kämpfen gelte; vgl. Niehr/Reissen-Kosch (2018, 38–43).

9 Vgl. zu Verschwörungstheorien Römer/Stumpf (in diesem Heft).

### 3. Beispiele rechtspopulistischer Medienkritik

Die Forderung nach Gegenöffentlichkeit ist Bestandteil zahlreicher rechter bzw. rechtspopulistischer Medienangebote. Die Notwendigkeit einer derartigen Gegenöffentlichkeit wird damit begründet, dass bestimmte Themen in der Öffentlichkeit bzw. von den sogenannten Systemmedien tabuisiert würden und daher gar nicht offen diskutiert werden könnten. So heißt es beispielsweise auf der Internetseite der Identitären:

Mit der neuen Kampagne wollen die Identitären den Zustand beenden, dass Patrioten in Österreich noch immer Angst haben müssen, ihre Meinung frei zu äußern. Äußern sie sich frei, verlieren sie Jobs, Aufträge, Konten und sogar Schulplätze für ihre Kinder. [...] „Wir werden die Regierung an ihre Pflicht erinnern, unser Grundrecht auf Meinungsfreiheit zu schützen. Bis kein Österreicher mehr Angst haben muss, Islamisierung, Masseneinwanderung und importierte Kriminalität anzusprechen.“<sup>10</sup>

Hier wird ein Klima der Angst beschworen, das es unmöglich mache, die eigenen Anschauungen bzw. eine vom ‚Mainstream‘ abweichende Meinung öffentlich zu äußern, ohne empfindliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Gleichzeitig werden mit „Islamisierung, Masseneinwanderung und importierte[r] Kriminalität“ Themen angesprochen, die häufig mit der Forderung nach Gegenöffentlichkeit genannt werden.

Eine weitere Begründung für die Notwendigkeit einer Gegenöffentlichkeit geht davon aus, dass der ‚Mainstream‘ bzw. die ‚System-Medien‘ direkt aus dem Bundeskanzleramt auf eine einheitliche (‚gleichgeschaltete‘) Berichterstattung und Kommentierung ausgerichtet werden. Auf einschlägigen Websites – etwa im Querfront-Magazin ‚Compact‘ – werden dafür Belege im Stile von Augenzeugenberichten präsentiert. Compact zitiert beispielsweise einen angeblichen Insider aus den öffentlich-rechtlichen Medien wie folgt:

Erst vor wenigen Tagen flüsterte mir ein Kollege einen Satz mit Sprengkraft ins Ohr, dass er von einem Geheimgespräch der Intendanten im Kanzleramt gehört habe. Angeblich organisiert vom Kanzleramtsminister. Persönlich habe Merkel bei dieser Zusammenkunft den Kurs für die weitere Berichterstattung ausgegeben. Der Termin war offenbar so

10 <https://www.identitaere-bewegung.at/freisprueche-identitaeren-protest-ist-teil-der-demokratie/#more-7457> [zuletzt abgerufen am 07.03.2019]. Das Zitat endet tatsächlich mit einem Doppelpunkt und schließenden Anführungszeichen; inwieweit es sich um ein Zitat im Zitat handelt und von wem dieses eingebettete Zitat stammt, bleibt jedoch unklar.



geheim, dass mehrere Intendanten ihre Anreise in privater Disposition gebucht haben. Den Wahrheitsgehalt dieser Aussage kann ich nicht überprüfen, doch es gibt Indizien aus mehreren Häusern.<sup>11</sup>

Folgt man diesen hier exemplarisch zitierten Behauptungen, so ergibt sich in der Tat die dringende Notwendigkeit einer Gegenöffentlichkeit, da die Medienwirklichkeit scheinbar nordkoreanischen Verhältnissen nicht unähnlich ist: Aus den Vorgaben der Regierung an ranghohe Vertreter der Medien ergibt sich demnach zwangsläufig eine Mainstream-Berichterstattung, die vorrangig der Stabilisierung des politischen Systems dient, mithin eine ‚System-Presse‘.

Rechte Medienkritik ist weiterhin häufig durch Forderungen nach objektiver Berichterstattung gekennzeichnet. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die besondere Bedeutung, die dem Ausdruck *Objektivität* gegeben wird. Er wird nämlich nicht nur in dem geläufigen Sinne verstanden, dass Medienberichterstattung möglichst unverzerrt, sachlich und ausgewogen stattzufinden habe. Dadurch aber gewinnt die Forderung nach Objektivität besondere Brisanz. Mit einer kommunikationswissenschaftlichen Betrachtungsweise würde man davon ausgehen, dass die Forderung nach objektiver Berichterstattung als Ideal ihre Berechtigung hat, ja sogar unverzichtbar ist. Dass allerdings in der Realität diese Norm der Objektivität niemals erreicht wird und werden kann, ergibt sich u. a. bereits aus der Notwendigkeit, die Realität darstellbar zu machen. Dies ist nicht möglich, ohne sie zu verkürzen, in bestimmter Weise zu akzentuieren, mithin sie zu interpretieren (vgl. Schulz 2011, 68). Dass Journalisten dabei bestimmten Medienlogiken folgen, ist seit Lippmanns Theorie der Nachrichtenfaktoren bekannt und immer wieder analysiert worden (vgl. Schneider 2007). Ein aufgeklärtes Verständnis von objektiver Medienberichterstattung sieht die Rolle der Medienakteure in diesem Prozess nicht nur negativ, sondern bezieht in die Überlegungen mit ein, dass Medien für ihre RezipientInnen wichtige Orientierungsfunktionen übernehmen:

Sie sichten und selektieren Informationen, interpretieren und bewerten diese, und entwerfen ein Weltbild, das den sozialen und politischen Bedürfnissen der Mediennutzer entgegenkommt. (Schulz 2011, 76)

Demgegenüber entwerfen rechte Medienkritiker jedoch ein naives Bild der Medien, indem sie ihnen die Aufgabe zuschreiben, Spiegel der Realität zu sein. Die Spiegel-Metapher impliziert, dass es Aufgabe der Medien sei, ein

<sup>11</sup> <https://www.compact-online.de/aus-dem-logbuch-der-gleichschaltung/> [zuletzt abgerufen am 09.03.2019].

naturgetreues Abbild der Realität zu präsentieren und dass Abweichungen von der Realität für die Benutzer des Spiegels erkennbar sind.<sup>12</sup> Um die Spiegel-Analogie noch etwas weiterzutreiben: Beim Blick in einen Zerrspiegel ist es offensichtlich, dass das Spiegelbild zwar einen Bezug zur Realität hat, diese aber in unangemessener Weise widerspiegelt. Mit einer derartigen Analogie zwischen Spiegel und Massenmedien wird deren Funktion gleich auf doppelte Weise verkannt. Einerseits wird sie verkürzt, indem den Medien lediglich eine Informationsfunktion zuerkannt wird und ihre Rolle bei der Meinungsbildung ignoriert wird. Andererseits wird sie mit der Vorstellung überfrachtet, Medien seien in der Lage, die Realität ‚eins zu eins‘ mithin objektiv abzubilden. Nur am Rande sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass diese Vorstellung prinzipiell die Möglichkeit eines medienunabhängigen Zugangs zur Realität bzw. zur objektiven Wahrheit nahelegt, denn ohne diese Möglichkeit wäre eine Überprüfung der Medien im Hinblick auf Objektivität kaum möglich.

Ob eine solche Auffassung von der Funktion der Medien aufgrund strategisch eingesetzter Naivität oder aufgrund mangelnder Auseinandersetzung mit der Realität der Massenmedien zustande kommt und propagiert wird, soll an dieser Stelle nicht entschieden werden.

Glaubt man den einschlägigen Behauptungen, so scheint es beinahe offensichtlich, dass sich die Massenmedien in der Hand eines „lichtscheue[n] Netzwerk[s] von Medien, Lobbyisten und Politik“ (Ulfkotte 2015, 18) befinden. Derartige Szenarien lassen sich – unterschiedlich drastisch formuliert – in einschlägigen Publikationen nachlesen, so etwa bei dem ehemaligen FAZ-Redakteur Udo Ulfkotte, dem mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilten Autor Akif Pirinçci oder auf der Homepage der ehemaligen Tagesschau-Sprecherin Eva Herman.

Einen Frontalangriff startet Pirinçci mit seinem 2014 erschienenen Buch „Deutschland von Sinnen“. Pirinçcis Buch ist eine vulgär-obszöne Streit- bzw. Hassschrift, in der der Autor gegen Ausländer insbesondere muslimischen Glaubens, Intellektuelle und eben die „Aufrechterhaltung eines grün-links-veriffenen Acht-Milliarden-Desinformations-Molochs mit dem irreführenden Namen ‚Öffentlich Rechtlicher-Rundfunk‘“ (Pirinçci 2014, 86) zu Felde zieht. Er lässt in seinen Text immer wieder einfließen, was er von ‚linken Me-

12 Die Nutzung der Spiegel-Metapher ist allerdings nicht mit dem hier angesprochenen naiven Verständnis der Medien gleichzusetzen. Diese Metapher findet sich bereits bei Luhmann, der allerdings sehr wohl davon ausgeht, dass die Medien Informationen selektieren; vgl. dazu ausführlich Gerhards (1994, 87–88) sowie Pappert/Roth (i. Dr.).

dien und aggressiven Emanzen und Politikerinnen‘ hält, die die Bevölkerung „jahrzehntelang einer Gehirnwäsche unterzogen haben“ (Pirinçci 2014, 101).

Diese Argumentation wird in anderen Kontexten teilweise noch verschärft, indem diejenigen, die an derartigen Verschwörungstheorien Zweifel äußern, als unfähig oder einfach nur dumm dargestellt werden:

Regelmäßige Leser wissen, dass wir in den mit Zwangsgebühren finanzierten Staatssendern täglich, systematisch und in allen substanziellen Fragen der Innen- und Außenpolitik belogen und manipuliert werden. Wer das noch bezweifelt oder in Abrede stellt, ist entweder ein vollkommen ahnungsloser Dummkopf oder Teil dieses verbrecherischen Systems, das in den vergangenen Jahren unvorstellbares Leid, Krieg, Terror, Vertreibung, Massenflucht, Ausbeutung, sowie soziale und politische Spaltung und den beginnenden Zerfall der EU bewirkt hat.<sup>13</sup>

Der in diesem Zitat geltend gemachte Dummheitsbonus gilt allerdings nicht für die VertreterInnen der sogenannten Mainstream- bzw. System-Medien. Da deren Vertreter scheinbar gegen besseres Wissen handeln, werden sie mit Bezeichnungen belegt, die nur eine strafrechtliche Behandlung infrage kommen lassen:

Es gehört zur Wahrheit, die Verantwortlichen als das zu bezeichnen, was sie sind: Verbrecher, Abschaum, Massenmörder an der Wahrheit und Massenmörder an Millionen Menschen. Da gibt es nichts zu beschönigen, nichts zu rechtfertigen und nichts zu relativieren. Wer, wissend um die deutsche und europäische Geschichte, erneut ein ganzes Volk je nach Bedarf belügt, sediert, desinformiert, spaltet, zu Krieg und Hass aufstachelt, der ist moralisch noch tiefer als die eigenen Großvätern [!] zu verorten, denn die hatten keine Chance, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch weitgehend neue Macht der Massenmedien und der Propaganda auch nur annähernd zu durchschauen, geschweige denn, sich gegen ein totalitäres und mörderisches System zur Wehr zu setzen, das diese Macht noch vergleichsweise stümperhaft zur Waffe machte.

Die servilen Täter von heute, die Gniffkes, Klebers, Miosgas, Sievers, Buhrows, Slomkas, Atais, Lielischkies und wie sie alle heißen, kennen aber die Geschichte und sie wissen um die Macht der Medien. Sie töten die Wahrheit vorsätzlich und ohne jede Skrupel – für einen tausendfachen Judaslohn, den selbst Judas nicht hätte annehmen wollen. Sie haben nicht einen, sie haben Millionen Menschen in der vorwiegend

---

13 <https://propagandaschau.wordpress.com/tag/ard/> [zuletzt abgerufen am 07.03.2019].

islamischen Welt und Zehntausende Menschen in der Ukraine auf dem nicht vorhandenen Gewissen. Die Banalität des Bösen lächelt freundlich in öffentlich-rechtliche Kameras und lässt hinter einem Vorhang aus Lügen Asow und al-Kaida die Drecksarbeit machen.<sup>14</sup>

Dies ist eine wenig differenzierte Kritik. Eine solch pauschale Brachial-Kritik wird bei Menschen, die eher den wissenschaftlichen Disput pflegen bzw. eher das Florett als den schweren Säbel gewohnt sind, möglicherweise Widerwillen hervorrufen und die Haltung bestätigen, dass es wenig Sinn macht, gegen eine derartige Polemik anzugehen. Trotzdem soll im letzten Teil dieses Beitrags der Frage nachgegangen werden, ob es nicht im Sinne der Erhaltung von freier Meinungsäußerung sinnvoll und notwendig ist, derartigen Behauptungen etwas entgegenzusetzen, und der Frage, welche Argumente von angeblich ‚gleichgeschalteten‘ JournalistInnen tatsächlich vorgebracht werden.

#### 4. Reaktionen der sogenannten **Mainstream-Medien**

Bevor man zu einer Entgegensetzung anhebt, ist es sicherlich ratsam, darüber nachzudenken, welchen Zweck eine solche Entgegensetzung verfolgt. Hier argumentiere ich wie auch an anderer Stelle (vgl. Niehr 2019) gegen die Vorstellung, dass man eine produktive Auseinandersetzung mit Kritikern bestimmter Entwicklungen führen kann, die eben diese Kritik zu einem Geschäftsmodell gemacht haben. Ebenso wenig wie man vermutlich Rechts-populistInnen wie Gauland, Weidel, Strache oder Le Pen davon überzeugen kann, dass sie demokratiefeindlich und intolerant argumentieren, wird man die zitierten Medienkritiker mittels (medien-)wissenschaftlicher Argumente kaum von ihren verschwörungstheoretischen Elaboraten abbringen können.

Es wird allenfalls – im Sinne dialogischer Kommunikation – darum gehen können, RezipientInnen derartiger Verschwörungstheorien Mittel an die Hand zu geben, solche Theorien unvoreingenommen zu prüfen, um auf diese Weise zur Aufklärung beizutragen.

Schaut man sich vorliegende Erwiderungen an, so stammen diese einerseits aus Journalistenkreisen, andererseits aus der Wissenschaft, vorzugsweise aus dem Bereich der Kommunikations- und Medienwissenschaft.<sup>15</sup>

<sup>14</sup> <https://propagandaschau.wordpress.com/tag/desinformation/> [zuletzt abgerufen am 07.03.2019].

<sup>15</sup> Vgl. dazu ausführlicher Niehr (i. Dr.).

Einer größeren Öffentlichkeit dürfte insbesondere das von dem ZDF-Journalisten Claus Kleber verfasste Buch mit dem etwas pathetischen Titel „Rettet die Wahrheit“ bekannt sein. Dessen Argumentation soll im Folgenden exemplarisch dargestellt werden. Kleber verwahrt sich auf knapp 100 Seiten gegen den Vorwurf einer staatsnahen Berichterstattung und Kommentierung:

Ja, wir benutzen Teleprompter. Aber jedes Wort, jeden Gedanken, der da steht, habe ich reingeschrieben. Das ist mein Ding. Das hat kein Chef vorher zu genehmigen. Niemand. Erst recht keiner von denen, über die wir berichten. Und wenn wir einen Minister oder die Kanzlerin im Interview grillen, haben wir die Fragen nicht abgesprochen. Schon gar nicht mit den Interviewten. [...] Was wir da machen, ist kein Theater. Wir meinen es ernst. (Kleber 2017, 9)

Kleber belässt es in seinem Buch allerdings nicht dabei, seine Sendung, das ‚heute journal‘, von jeglichem Verdacht freizusprechen, es werde von der Politik oder anderen Akteuren beeinflusst. Vielmehr bestreitet er auch, dass es eine Gleichförmigkeit der Berichterstattung gebe:

Keine andere große Nachrichtensendung von ARD bis RTL hat die Prioritäten dieses Tages so gesetzt wie wir. Bei den Kollegen bekam der Supertanker „Tarifeinheitsgesetz“ trotz des unklaren Urteils seine große Fahrt. Grenfell Tower und Exodus kamen nicht vor. So viel zum Mainstream. (Kleber 2017, 25)

Nun ließe sich gegen diese Art der Verteidigung einwenden, dass sie lediglich darin bestehe, die Kritik an sich abperlen zu lassen, indem sie einfach das Gegenteil behauptete. Ganz so einfach macht es sich Kleber allerdings nicht. Denn er zitiert diverse Umfragen, die auf schwindendes Vertrauen in die etablierten Massenmedien hindeuten (vgl. Kleber 2017, 58). Und er zitiert Frank-Walter Steinmeier, der in seiner Zeit als Außenminister im Jahr 2014 offenbar schrieb:

Wenn ich morgens manchmal durch den Pressespiegel meines Hauses blättere, habe ich das Gefühl: Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter. (Zit. nach Kleber 2017, 58)

Hier haben wir es mit einer Kritik zu tun, die weitab von Verschwörungstheorien und Lügenpresse-Getöse einen wichtigen Punkt in die Debatte bringt,

dass es für die Massenmedien nämlich kein „stures ‚facts-only‘-Gebot“ gebe (Kleber 2017, 66), sondern auch ein Gebot zur Meinungsbildung, indem sie als „Spiegel der öffentlichen Meinung“ (Kleber 2017, 64) fungieren. Bemerkenswert an dieser Formulierung ist, dass Kleber hier die öffentliche Meinung ins Spiel bringt und nicht etwa von einer Spiegelung der Realität schreibt. Und auch Steinmeier beklagt ja, dass das „Meinungsspektrum draußen im Lande“ von den Massenmedien nicht adäquat wiedergegeben werde.

In diesem Punkt gibt auch Kleber anhand von Beispielen Fehler zu: Bei den Flüchtlingen aus Ungarn und der Silvesternacht in Köln sei ein „korrekturbedürftiges Bild“ entstanden (Kleber 2017, 65), das anschließend aber auch korrigiert worden sei. Doch selbst eine reine Faktenvermittlung könne nicht objektiv im geforderten Sinne sein, da sie „nicht so simpel und unangreifbar wie das Verlesen eines Fahrplans [sei]“ (Kleber 2017, 67).

Als Ursache macht Kleber – durchaus selbstkritisch – ein Phänomen aus, dass der Medienwissenschaftler Uwe Krüger (2016, 73–79) ebenfalls beschreibt. Demnach sind die „Mainstream-JournalistInnen“ zwar keineswegs politisch besonders links eingestellt, haben jedoch bestimmte Wertmuster internalisiert, die sich in ihrer Arbeit widerspiegeln. Als Beispiele führt Kleber Ansichten auf, nach denen

- Verbraucherorganisationen eher Vertrauen verdienen als die Industrie,
- Militärs mit Misstrauen und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) mit Freundlichkeit gegenüberzutreten ist, [...]
- Lobbyarbeit keiner sachkundigen Gesetzesarbeit dient, sondern allein dem Profit der Industrie, [...]
- Resozialisierung der einzig legitime Zweck von Strafvollzug ist, [...]
- usw., usw. (Kleber 2017, 68–69)

Wenn derartige Grundüberzeugungen die Arbeit von JournalistInnen prägten, führe das zu einem Glaubwürdigkeitsverlust, denn JournalistInnen sollten laut Kleber grundsätzlich alles hinterfragen:

Eine flotte Bemerkung über den dummen Trump, die schlimme Le Pen, den aggressiven Putin, einen gewissenlosen Großkonzern, die ewiggestrige Kirche oder eine coole Greenpeace-Aktion helfen immer ein paar Sekunden oder Zeilen weiter, ohne dass man sich mit einer Sache vertieft befassen muss. So untergräbt man Silbe für Silbe die Glaubwürdigkeit, ohne die Demokratie nicht funktioniert. Auch dahin kann Mainstream uns tragen. (Kleber 2016, 70–71)

## 5. Fazit

Vergleicht man den Ruf nach Gegenöffentlichkeit, der vor 50 Jahren von links kam und heutzutage aus einem anderen politischen Spektrum, dann zeigt sich neben einigen formalen Übereinstimmungen vor allem ein bedeutender Unterschied. Denn die damaligen Medienkritiker haben etwas nicht getan, das Elisabeth Wehling der ARD heute empfiehlt, wenn sie in ihrem inzwischen öffentlich kritisierten „Framing Manual“ schreibt:

Denken und sprechen Sie nicht primär in Form von Faktenlisten und einzelnen Details. Denken und sprechen Sie zunächst immer über die moralischen Prämissen. Der Grund ist einfach: Wenn Menschen sich für oder gegen eine Sache einsetzen, dann tun sie das nicht aufgrund von einzelnen Faktenargumenten und auch nicht aufgrund eines reinen Appellierens an ihren materiellen Eigennutz. (Berkeley International Framing Institute o.J., 3)

Dieser Appell ans Moralisieren war den Medienkritikern der 1960er und folgenden Jahrzehnte fremd, soweit ich sehe. Sie haben ganz nüchtern gesehen, dass es objektive Medienberichterstattung nicht gibt und auch gar nicht geben kann. Die Konsequenz daraus konnte für sie nur lauten, dass man sich Zugang zu den Medien verschaffen muss, um sie für seine eigenen Zwecke zu nutzen. Der Ruf nach Gegenöffentlichkeit, den wir heute von der Rechten hören, hingegen bedient sich des von Wehling empfohlenen Moral-Frames. Er argumentiert weder mit Fakten noch theoriebasiert, sondern moralisierend, wenn beispielsweise behauptet wird, dass es nicht möglich sei, im öffentlichen Diskurs unvoreingenommen über bestimmte heikle Themen (wie Vergangenheitsbewältigung, Migration oder Gender) zu sprechen. Als Ursache für diese Einschränkung der Meinungsfreiheit wird häufig eine Political Correctness angeführt, die es denen, die anders als der Mainstream dächten, unmöglich mache, ihre Position zu vertreten, ohne beispielsweise gleich in den Verdacht des Rechtsextremismus zu geraten. Dass eine derartige Kritik weniger auf Fakten als auf moralisierende Behauptungen baut, wird insbesondere im Schlagwort *Lügenpresse* deutlich: Eine Lüge ist schließlich die moralische Verfehlung, wider besseres Wissen die Unwahrheit zu sagen, meist zu seinem eigenen Vorteil. Dass die sogenannten Mainstream-Medien zum eigenen Vorteil und wider besseres Wissen so handeln wie sie handeln, dafür

lassen sich in den hier untersuchten Forderungen nach Gegenöffentlichkeit von rechts allerdings keine relevanten Belege ausfindig machen.<sup>16</sup>

Davon unberührt bleibt die Tatsache, dass das Internet und insbesondere die Sozialen Medien die technischen Voraussetzungen für eine besondere Art der Gegenöffentlichkeit bereitstellen – eine Gegenöffentlichkeit allerdings, die ihrerseits einen idealen Nährboden für nicht-demokratische und intransparente Formen der Gesellschafts- und Medienkritik bietet.

## 6. Literaturverzeichnis

- Antos, Gerd (2017): Fake News. Warum wir auf sie reinfallen. Oder: Ich mache Euch die Welt, so wie sie mir gefällt. In: *Der Sprachdienst* 1, S. 1–20.
- Berkeley International Framing Institute [Wehling, Elisabeth] (o. J.): Framing-Manual. Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD. Online unter: [https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/02/framing\\_gutachten\\_ard.pdf](https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2019/02/framing_gutachten_ard.pdf) [zuletzt abgerufen am 11.03.2019].
- Bock, Bettina M./Dreesen, Philipp (Hg.) (2018): *Sprache und Partizipation in Geschichte und Gegenwart*. Bremen: Hempen.
- Enzensberger, Hans Magnus: *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In: Ders.: *Palaver. Politische Überlegungen (1967–1973)*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 91–129.
- Gerhards, Jürgen (1994): *Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen/Schäfer, Mike S. (2007): *Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und den Printmedien am Beispiel der Humangenomforschung*. In: *Publizistik* 52 (2), S. 210–228.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft [1962]. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hostettler, Otto (2017): *Darknet. Die Schattenwelt des Internets*. Frankfurt/M.: NZZ Libro.
- Kleber, Claus (2017): *Rettet die Wahrheit*. Berlin: Ullstein.
- Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München: C.H. Beck.

<sup>16</sup> Vgl. exemplarisch die Rezension Stefan Niggemeiers zu Ulfkotte (2015), in der ein „Faktencheck“ zu Ulfkottes Behauptungen durchgeführt wird <https://krautreporter.de/46--die-wahrheit-uber-die-lugen-der-journalisten> [zuletzt abgerufen am 09.03.2019].



- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1972): *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Niehr, Thomas (2018): Partizipation – zur Geschichte eines politischen Hochwertwortes. In: Bock, Bettina M./Dreesen, Philipp (Hg.): *Sprache und Partizipation in Geschichte und Gegenwart*. Bremen: Hempen, S. 19–36.
- Niehr, Thomas (2019): „Mit Rechten sprechen“ – Versuch einer Annäherung aus politolinguistischer Sicht. In: *ZfAL* 1, S. 1–18.
- Niehr, Thomas (i. Dr.): *Populistische Medienkritik im Netz. Erscheinungsweisen und Erklärungsversuche*. Erscheint in: Beckers, Katrin/Wassermann, Marvin (Hg.): *Wissensvermittlung im Netz*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Niehr, Thomas/Reissen-Kosch, Jana (2018): *Volkes Stimme? Zur Sprache des Rechtspopulismus*. Berlin: Dudenverlag.
- Pappert, Steffen/Roth, Kersten Sven (i. Dr.): *Diskurspragmatische Perspektiven auf neue Öffentlichkeiten in Webforen*. Erscheint in: Hauser, Stefan/Opilowski, Roman/Wyss, Eva L. (Hg.): *Alternative Öffentlichkeiten. Soziale Medien zwischen Partizipation, Sharing und Vergemeinschaftung*. Bielefeld: transcript.
- Pirinçi, Akif (2014): *Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer*. Waltrop: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung.
- Plake, Klaus/Jansen, Daniel/Schuhmacher, Birgit (2001): *Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schiewe, Jürgen (2004): *Öffentlichkeit. Entstehung und Wandel in Deutschland*. Paderborn u. a.: Schöningh.
- Schneider, Irmela (2007): *Nachrichtenfaktoren und Nachrichtenwert*. In: Schneider, Irmela/Bartz, Christina (Hg.): *Formationen der Mediennutzung I. Medienergebnisse*. Bielefeld: transcript, S. 13–24.
- Schulz, Winfried (2011): *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stumpf, Sören/Römer, David (2018): *Sprachliche Konstruktion von Verschwörungstheorien. Eine Projektskizze*. In: *Muttersprache* 128 (4), S. 394–402.
- Ulfkotte, Ulf (2015): *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken*. Rottenburg: Kopp Verlag.
- Wassermann, Marvin (i. Dr.): *Informationsratifizierung und Wissensgenese. Überlegungen zum Wissenstransfer auf Grundlage von Web-Informationen*. Erscheint in: Pelikan, Kristina/Roelcke, Thorsten (Hg.): *Information und Wissen. Beiträge zur transdisziplinären Diskussion*. Frankfurt/M. u. a.: Peter Lang.

Weischenberg, Siegfried (1995): *Journalistik*. Bd. 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Wimmer, Jeffrey (2007): *(Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.